

Verschissen



Foto: Jochen Hartmann

Die ARD hat gerade ihre Themenwoche „Bildung“ hinter sich. Eine Woche ist aber nicht genug. Die Verblödung unseres Volkes nimmt ständig zu. Die Aufschrift auf der Schleife eines Kranzes, der am Volkstrauertag in Mülheim an der Ruhr angebracht werden sollte, ist der Beweis. Wes Geistes Kind ist jemand, der aus Faschismus Verschissmuss macht? Verschwörungstheorien ranken sich jetzt um den Vorgang, allein schon wegen des doppelten S in der Wortschöpfung. Dass es der Kandidat für ein mögliches Unwort des Jahres überhaupt auf die Kranzschleife geschafft hat, ist ein Skandal. Dass es aber dann auch noch zur Anbringung des Kranzes kam, ist ebenso schlimm. Schließlich hat jemand mit einer Schere die Schleife verkürzt, so dass nur noch den Opfern von Krieg gedacht wird. Das ist ausreichend, denn schließlich führten der Faschismus und Nationalsozialismus direkt in einen Krieg.

Was gegenwärtig bei der **Berliner Zeitung** passiert, wünscht man keinem. Da übernimmt ein bislang ziemlich unbekanntes Ehepaar den Berliner Verlag, zu dem neben der Berliner Zeitung auch der Berliner Kurier gehört, und versucht, die Leser mit langatmigen Zukunftspantasien zu beindrucken. Darin wird ein merkwürdiger Umgang mit der Geschichte der

DDR offenbart, flankiert von einem Interview mit **Egon Krenz**, der einen Einblick in den „schwersten Tag seines Lebens“ gewährt. Wer hätte es gedacht: er redet vom 9. November 1989. Krenz Rolle bei der friedlichen Revolution wurde und wird von uns nicht genügend wertgeschätzt. Als Beweis das folgende Zitat:

„Als ich später vor Gericht stand, war Egon Bahr ein prominenter Zeuge, und der hat dort gesagt: Hätten Egon Krenz und Helmut Kohl die Grenzöffnung als gemeinsame Aktion ausgegeben, säße Krenz nicht auf der Anklagebank, sondern wäre Träger des Großen Verdienstordens.“

Nach dem Interview in der Berliner Zeitung sollte irgendwer umgehend, sofort, unverzüglich, den entsprechenden Antrag stellen.

Hier das komplette Interview:

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/interview-egon-krenz-keine-kraenkung-rechtfertigt-es-afd-zu-waehlen-li.593>

Nur wenige Tage nachdem **Holger Friedrich** den Berliner Verlag übernommen hat, wird bekannt, dass er für die Staatssicherheit der DDR tätig war. So etwas verdrängt man gern, ist aber sinnlos, weil eben alles rauskommt. In seinen langatmigen Zukunftstexten und Interviews ist davon nicht die Rede. Jetzt will die Redaktion der Berliner Zeitung den Fall journalistisch aufarbeiten. Das muss man sich einmal vorstellen: eine Zeitungsredaktion ermittelt, pardon, recherchiert in Sachen des eigenen Verlegers. Angestellte können jederzeit zurücktreten oder entlassen werden, Eigentümer nicht. Das Stasi-Thema überschattet den Neuanfang bei der Berliner Zeitung. Über Friedrichs Pläne redet niemand mehr. Und schon kursieren die ersten Witze. Da Friedrichs Deckname „Bernstein“ war, spricht man von seinem Büro als „Bernstein-Zimmer.“ Naja.

Was steht am Ende dieses Dramas? Ein Rückzug der Friedrichs und ein erneuter Verkauf des Verlages? Das könnte das Ende einer für diese Stadt wichtigen Tageszeitung bedeuten. Neben Tagesspiegel und Morgenpost ist die Berliner Zeitung eine notwendige Stimme.

Der Tagesspiegel ist immer noch mit einem gewissen Abstand die auflagenstärkste Zeitung Berlins mit 86.894 Exemplaren, Stand 2018 und einem plus von 6,8 Prozent zu 2016. Die Berliner Zeitung lag im letzten Jahr bei 77.670 Exemplaren, einem Minus von 8,7 Prozent und die Berliner Morgenpost bei 71.327, einem Minus von drei Prozent. Die Boulevard-Blätter BZ und Kurier verzeichnen übrigen die größten Verluste von 20,7 und 14,4 Prozent.

Inzwischen gehen viele auf Distanz zu den Friedrichs. Am deutlichsten wird das bei der **BerlinOnline**

Stadtportal GmbH, die „berlin.de“ betreibt. Gesellschafter sind Berlin und eine Beteiligungsgesellschaft der Friedrichs. In einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung schwärmt das Ehepaar von den Möglichkeiten, die dieses Portal bietet. Jede Dienstleistung könnte man ausspielen, sagt **Silke Friedrich**. Und **Holger Friedrich** erklärt, wie man sich als Neu-Berliner online mit allen seinen Daten anmelden kann. „Binnen Sekunden“ bekommt der Anmeldende die Nachricht: „Wir freuen uns, Sie als Bürgerin oder Bürger in Berlin begrüßen zu dürfen.“

„Schöne neue Welt“, kommentiert der Tagesspiegel dieses Projekt. „ein privates Medienunternehmen, auf dessen Plattformen zwangsläufig alle Berlinerinnen und Berliner landen müssen und durchgecheckt werden – Meldedaten, Bonität, Vorstrafenregister, Einkäufe...“ Und die Friedrichs sagen dazu: „Wir beide wissen aus beruflicher Erfahrung um die Macht von Daten.“ Soso. Das Interview der NZZ wurde übrigens vor Bekanntwerden der Stasi-Vorwürfe geführt. *Quelle: Der Tagesspiegel*

Und wenn man glaubt, es kann nicht noch verschissener werden, dann ist das mal wieder ein Irrtum. Sie glauben nicht, welchen Namen die Friedrichs ihrer Beteiligungsgesellschaft gegeben haben. Antwort: „Commercial Coordination“ zu Deutsch „Kommerzielle Koordinierung.“ **Alexander Schalk-Golodkowski** lässt grüßen. Fehlt nur noch, dass **Egon Krenz** Aufsichtsratsvorsitzender wird.

Aber, aus der schönen neuen Welt wird für die Friedrichs nichts. Gestern meldete sich gleich das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin zu Wort und erklärte: „**Berliner Verwaltung ist alleiniger Anbieter von Services für die Bürgerinnen und Bürger!**“

„Das Onlineportal der Stadt Berlin – www.berlin.de – wurde bisher in einer öffentlich-privaten Partnerschaft durch die Berlin Online GmbH & Co KG – einem Tochterunternehmen des Berliner Verlags – betrieben. Gegenstand der Partnerschaft war die gemeinsame Bereitstellung und Nutzung der Hauptstadtdomain „berlin.de“ als Vollportal für Berlin mit inhaltlich klar abgegrenzten Bereichen. Um in Zukunft unabhängiger agieren zu können, hat der Berliner Senat den Vertrag bereits 2018 gekündigt – schon bevor die neuen Eigentümer den Verlag übernommen haben. Die Zusammenarbeit endet im Dezember 2021.“

Sabine Smentek, Staatssekretärin für Informations- und Kommunikationstechnik in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport sagte zu der geäußerten Idee der neuen Eigentümer der Berliner Zeitung, Dienstleistungen der Verwaltung anzubieten: „Wir sind weit davon entfernt, einem privaten Unterneh-

men tiefere Einblicke in die sensiblen Daten der Berlinerinnen und Berliner zu gewähren. Wir nehmen unsere Verantwortung ernst, den digitalen Service sicher zu gestalten und gleichzeitig das Risiko eines möglichen Missbrauchs so gering wie möglich zu halten. Kommerzielle Interessen dürfen an dieser Stelle überhaupt keine Rolle spielen.“

Fast verschissen

Über die geplante Ansiedlung von Tesla in Grünheide haben wir gelernt, dass es sich um ein „rein brandenburgisches Projekt“ handelt. Aus der B.Z. erfahren wir nun: „Als Musk erfuhr, dass der Standort für die neue Tesla-Fabrik nicht etwa in Berlin, sondern in Brandenburg liege, stand die Abmachung kurz vor dem Scheitern. Man einigte sich auf die Formulierung ‚Großraum Berlin‘, um Musk zufriedenzustellen.“ Nichts anderes hat der Regierende Bürgermeister **Michael Müller** im Gegensatz zu seinem Brandenburger Kollegen **Dietmar Woidke** immer gesagt.



Das Mietendeckelgesetz ist noch nicht einmal beschlossen, da regt sich massiver Widerstand von allen Seiten. Jetzt auch vom Bundesbauministerium. Das teilte, nicht etwa dem Senat, sondern Berlins CDU-Chef **Kai Wegner** mit, dass es den Mietendeckel für nicht vereinbar mit dem Grundgesetz halte. Die Gutachter haben Hochkonjunktur. Letztlich werden Gerichte darüber zu entscheiden haben, ob der Mietendeckel angewandt werden darf oder nicht. Auch Mandatsträger aus den Reihen der SPD befürchten, dass ihnen der Mietendeckel um die Ohren fliegt. Es gibt aber kein Zurück.

Obwohl der Neubau vom Mietendeckel unberührt bleibt, stockt er. Das Geld, was Wohnungsunternehmen durch Mieterhöhungen einnehmen würden, fehle beim Neubau. Und für diesen benötigen die Unternehmen Kredite, die sie angeblich nicht bekämen. Eine höchst verworrene und undurchsichtige Lage. Und noch bevor sich der Deckel auf die Miete legt, erhöhen viele Eigentümer diese nicht unbeträchtlich. Geht es noch um Mieterschutz oder nur noch um Ideologie. Wir sollten **Holger Friedrich** fragen. *Ed Koch*